		Beschäftige		Betriebe	
		2023	2025	2023	2025
WZ08-10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	585.321	599.788	5.559	5.484
WZ08-11	Getränkeherstellung	62.591	65.895	553	587
WZ08-10 + WZ08-11	Summe	647.912	665.683	6.112	6.071
WZ08-20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	346.882	342.066	1.725	1.705
WZ08-171	Herstellung von Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	37.221	33.690	172	159

Zur Zahl der Standortverlagerungen ins Ausland liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

Die Bundesregierung legt keine Einsparpotentiale für die Lebensmittel-, Chemie- und Papierindustrie fest. Die angesprochene Studie ist öffentlich einsehbar (www.hs-niederrhein.de/swk-e2/detailansicht-nachrichten/deutsche-industrie-kann-40-prozent-endenergie-und-29-milliarden-euro-pro-jahr-einsparen-neue-studie-zeigt-potenzial-von-effizienzmassnahmen/#fancybox-38216-2), Fragen zur Erstellung und Methodik obliegen den Autoren. Grundsätzlich tragen Energieeffizienzmaßnahmen zur Sicherung des Industriestandorts bei, da sie Energiekosten senken und so auch die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

52. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Entwicklung der Kosten für Windenergieanlagen, Kabel und Logistik beim Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren vor, und welche Auswirkungen hat diese Kostenentwicklung nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Wirtschaftlichkeit des weiteren Offshore-Windenergieausbaus (https://epaper.rhein-zeitung.de/p/rhein-hunsrueck-zeitung/13-08-26/a/xxl-windpark-fuer-1-1-millionen-haushalte/10833/2425182/74761826)?

Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 31. August 2026

Allgemeine Kostensteigerungen seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben auch zu erhöhten Kosten für Windenergieanlagen, Kabel und Logistik für den Ausbau der Offshore-Windenergie geführt. Mit der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetz reagiert die Bundesregierung auf das veränderte Marktumfeld durch einen angepassten Investitionsrahmen. Zusätzlich werden die Systemkosten der Offshore-Windenergie durch intelligente Optimierung und Synchronisierung von Erzeugung und Netzanbindung gesenkt. Aktuelle technische Innovationen beispielsweise im Bereich der Netzanschlüsse werden weitere Effizienzsteigerungen und damit Kostensenkungen ermöglichen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

53. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD)

Hält die Bundesregierung angesichts der Kostenentwicklung beim Ausbau der Offshore-Windenergie an dem gesetzlichen Ausbauziel von mindestens 70 Gigawatt installierter Leistung bis zum Jahr 2045 fest, und beabsichtigt sie Änderungen am derzeit gesetzlich vorgesehenen Ausbaupfad (https://epaper.rhein-zeitung.de/p/rhein-hunsrueck-zeitung/13-08-26/a/xxl-windpark-fuer-1-1-millionen-haushalte/10833/2425182/74761826)?

Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 31. August 2026

Die Bundesregierung hält am langfristigen Ausbauziel von mindestens 70 Gigawatt bis 2045 fest. Der bereits in der Länder- und Verbändeanhörung veröffentlichte Referentenentwurf des novellierten Windenergie-auf-See-Gesetzes sieht eine Verstetigung des Ausbaupfads auf eine jährliche Inbetriebnahme von durchschnittlich drei Gigawatt vor, um die Lieferkette künftig kontinuierlicher auszulasten.

54. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu Ursache und Folgen des im Juli 2026 erfolgten Bruchs eines Rotorblattes einer Windenergieanlage im Offshore-Windpark „He Dreiht“ vor, insbesondere im Hinblick auf Gefahren durch in die Nordsee gelangte Teile für die Sicherheit der Seeschifffahrt und die Meeresumwelt (https://epaper.rhein-zeitung.de/p/rhein-hunsrueck-zeitung/13-08-26/a/xxl-windpark-fuer-1-1-millionen-haushalte/10833/2425182/74761826)?

Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 31. August 2026

Die Ursachen sind noch nicht bekannt. Die betroffene Windenergieanlage wurde nach Feststellung des gebrochenen Rotorblatts abgeschaltet, um weitere Schäden zu vermeiden. Ein etwa 20 Meter langes Teilstück des Rotorblattes, das in der Nähe der Baustelle im Wasser trieb, wurde von der Bundespolizei geborgen (Pressemitteilung der Bundespolizei vom 27. Juli 2026, abrufbar unter: www.presseportal.de/blaulicht/pm/70260/6321911). Nach bisherigen Beobachtungen sind einzelne Bruchstücke herabgefallen, im Meer gelandet und vermutlich unmittelbar gesunken oder vertrieben worden. Es wurde bereits mit der Bergung begonnen. Für die Sicherheit der Schifffahrt ist seit Baubeginn um das Baufeld eine Sicherheitszone von 500 Meter eingerichtet.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

55. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Wirtschaftlichkeit von Offshore-Windenergieprojekten vor, die ohne Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz realisiert werden, und welche Auswirkungen hat die aktuelle Kostenentwicklung nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Realisierbarkeit weiterer solcher Projekte in Deutschland (https://epaper.rhein-zeitung.de/p/rhein-hunsrueck-zeitung/13-08-26/a/xxl-windpark-fuer-1-1-millionen-haushalte/10833/2425182/74761826)?

Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 1. September 2026

Offshore-Windenergie befindet sich derzeit in einem herausfordernden Marktumfeld. Die Bundesregierung plant eine Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG), mit der auf das veränderte Marktumfeld sowie die Kostendynamik reagiert wird durch einen angepassten Investitionsrahmen, der sowohl marktliche Realisierung als auch nachrangig eine Förderung ermöglicht.

In den Jahren 2023 bis 2025 wurden Projekte bezuschlagt, die keine Förderung erhalten. Diese Projekte befinden sich überwiegend noch in der Genehmigungsphase. Wirtschaftlichkeitsrechnungen der Projekte sind Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Unternehmen und liegen der Bundesregierung nicht vor.

56. Abgeordneter **Christian Görke** (Die Linke)

Geht die Bundesregierung nach wie vor von einer Realisierung des Projekts „Concrete Chemicals“ bzw. „Brandenburg eSAF“ auf dem Gelände der Raffinerie PCK in Schwedt aus, und wann rechnet sie mit den nächsten konkreten Schritten zur Realisierung, insbesondere im Hinblick auf einen Ersatz für den abgewickelten Projektpartner Zaffra (siehe www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/zukunftsprojekt-in-schwedt-wackelt-brandenburg-halt-an-kerosin-plan-fest-15953417.html) und die fehlende Zustimmung aller PCK-Gesellschafter zur Nutzung des PCK-Geländes (bitte für alle Gesellschafter – Rosneft, Shell und ENI – einzeln den Stand darstellen; siehe www.nordkurier.de/regional/brandenburg/pck-woidkes-taskforce-bleibt-ergebnislos-4682871)?

Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 1. September 2026

Die Bundesregierung steht im Austausch mit dem Zuwendungsempfänger und den Gesellschaftern des Joint Venture Zaffra. Letztere teilen u. a. mit, dass die Entscheidung bezüglich Zaffra die Eigentums- und Organisationsstruktur des Joint Venture Zaffra betrifft und weder eine technische noch eine strategische Bewertung des Projekts Brandenburg

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.